

Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2008

Antrags-Nr. 08-F-24-0001

**Wiesbaden als Optionskommune erfolgreich weiter voranbringen!
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen langfristigen Status der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune aus. Die Leistungen des SGB II können durch diese Organisationsform aus einer Hand gewährt werden, die Betreuung der Menschen kann qualifiziert, individuell und passgenau erfolgen und eine dezentrale regionale Arbeitsmarktpolitik wird dadurch ermöglicht.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell als zukunftsfähiges Modell der Vermittlung von Arbeitssuchenden erhalten bleibt und die bisherigen gesetzlichen Befristungen aufgehoben werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung sieht unter dem Aspekt der derzeitigen Befristung des Gesetzes bis zum Jahr 2010 keinen Anlass für übereilte Entscheidungen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Beschluss Nr. 0135

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 betr.

Wiesbaden als Optionskommune erfolgreich weiter voranbringen!

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2008

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister